

**Übersetzung des Telefoninterviews mit Marc Vecsey in dem ungarischen Nachrichtensender „hírTV“ von 1. Juli 2014 über das Bundesgesetz zu Sanierungsmaßnahmen der Hypo Alpe Adria Bank International AG**

---

**Übersetzung aus dem Ungarischen**

*[Am Telefon: Marc Vecsey, Rechtsanwaltsanwärter, KWR]*

*[Ungarn live]*

**Moderator:** Die österreichische Regierung würde die Verfassung und die geltenden Gesetze im Interesse der Rettung einer Bank überschreiben. Sie würde nämlich die Verluste der Bank Hypo Alpe Adria auf ihre Gläubiger abwälzen, staatliche Garantie hin oder her. Die Inhaber der Anleihen hingegen dürften keinen Eurocent von ihren Investitionen wiedersehen. Am Telefon ist mit uns Marc Vecsey, in Österreich arbeitender Rechtsexperte. Schönen Guten Abend, Herr Vecsey.

**Vecsey:** Schönen guten Abend.

**Moderator:** Helfen Sie uns in aller Kürze zu verstehen, worüber es in dieser Angelegenheit überhaupt geht. Wie kann eine Handelsbank unter die Oberhoheit eines Bundeslandes geraten und wie tritt dann die Österreichische Regierung in Erscheinung. Was heißt Bankenrettung in Österreich?

- Vecsey:** Das ist ein sehr spezieller Fall. In Österreichs südlichem Bundesland, in Kärnten, hat die Hypo Alpe Adria mit politischer Unterstützung etwa vor 15 Jahren begonnen sich in der Balkanregion auszubreiten. Diese Expansion konnte sie nur mit Anleihen finanzieren, sodass sie den kroatischen, serbischen oder slowenischen Projekten Kredite gewähren kann. Diese Anleihen hat das Bundesland Kärnten mit einer sogenannten Ausfallsbürgschaft besichert.
- Moderator:** *[unterbricht]* Das heißt, dass sie für diese Einlagen eine Garantie übernommen hat? Das heißt, dass die Kärntner Landesregierung diese übernommen hat?
- Vecsey:** Vereinfacht gesprochen, ja, kann man sagen, dass sie aufgrund eines Gesetzes eine Garantie dafür übernommen hat, dass sie für die Verbindlichkeiten der Bank eintreten wird, wenn die Bank in Konkurs geht. Dies hat nur den Schönheitsfehler, dass diese garantierten Beträge bzw. dieser Kreditstand, die Summe der Bankanleihen, welchen die Hypo Alpe Adria aufgebaut hat, etwa 6.000 Mrd. Forint oder auch sechs Trillionen Forint ausmachen, während das Jahresbudget des Bundeslandes Kärnten kaum mehr als 600 Mrd. Forint ist. Und –
- Moderator:** *[unterbricht]* Hier kommt also der österreichische Staat ins Spiel? Weil schlichtweg das Bundesland Kärnten diese übernommenen, verbindlichen Garantien, die im Übrigen auf einem Gesetz fußen, nicht zur Geltung bringen oder einlösen kann?
- Vecsey:** Ja. Man kann davon ausgehen, dass das die Zahlungsunfähigkeit von Kärnten bewirken würde. Die Konsequenzen dessen kann man schwer vorhersehen. Es gibt in Österreich kein Konkursgesetz für Bundesländer oder Städte – anders verhält es sich in den Vereinigten Staaten. Aber in Österreich kann man nicht wissen, was dann in so einem Fall mit den Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten passiert, die aus dem Kärntner Budget finanziert werden müssen.
- Moderator:** Nach Kärnten ist auch die Österreichische Regierung in diese Bankenrettung eingestiegen. Wie stellt sie sich diese Bankenrettung vor? Nach den Nachrichten hat sie nämlich einen sehr merkwürdigen Weg gewählt.
- Vecsey:** Ja, wir verstehen das Ziel der Österreichischen Regierung oder des Gesetzgebers, den Steuerzahler bzw. die Kärntner Bevölkerung so gut wie möglich zu schützen, und daher hat sie sich entschieden, diese Bankanleihen, also gar

nicht die gesamten Bankanleihen, sondern nur die sogenannten Nachranganleihen, mit einem Gesetz zu vernichten, welches gerade ins Parlament eingebracht wurde.

**Moderator:** Schreiben die österreichischen Rechtsbestimmungen oder ihr Grundgesetz, ihre Verfassung im Übrigen irgendeine Bürgschaftspflicht vor? Offensichtlich bezogen auf die österreichische Regierung? Sagen wir im Fall solcher Bankeinlagen?

**Vecsey:** Die Österreichische Regierung müsste dafür keine Garantie übernehmen. Anders ausgedrückt: Sie garantiert nicht dafür, aber das Bundesland Kärnten hat das in ein Gesetz gefasst und somit bewirkt, dass derartige Wertpapiere als mündelsicher zu qualifizieren sind. Das heißt, dieses Wertpapier ist als besonders sicher eingestuft. Hier setzen wir auch mit unserer verfassungsrechtlichen Kritik an, dass man solche Investitionen auf solche Weise nicht wegwischen kann.

**Moderator:** Wir durften unter anderem auch aus Österreich viele verfassungsrechtliche Bedenken im Hinblick auf die ungarische Verfassung hören. Aber nun scheint es so, dass von dort, von wo man früher Kritiken formuliert hat, die Einhaltung des Buchstabens der Verfassung bei Weitem nicht so präzise funktioniert wie ein Uhrwerk. Verstehe ich dieses Thema richtig?

**Vecsey:** Ja. Also, an unsere Anwaltskanzlei hat sich bereits der eine oder andere Investor gewandt und wir haben in diesem Zusammenhang ein 50-seitiges Fachgutachten verfasst. Wir würden davon ausgehen, dass mit diesem Gesetz die Österreichische Verfassung verletzt wird.

**Moderator:** Wir werden sehen, welche internationalen Reaktionen diese Verletzung der Verfassung haben wird. Hier in Ungarn wissen wir, wie die öffentliche Meinung im Ausland auf vermeintliche Verfassungsverletzungen reagiert. Vorerst danken wir Ihnen im Hinblick auf diese Sache für Ihren Beitrag. Ich bin der Meinung, dass wir uns mit dieser Sache noch beschäftigen werden. Auf Wiederhören, auf Wiedersehen!

**Vecsey:** Danke. Auf Wiederhören!